Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Hasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilmsen. — Berlin: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31me rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 82. [31. Jahrgang.] **Berlin, Donnerstag den 18. Februar 1892, Abends.** [31. Jahrgang.] **Nr. 82.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition dieser Zeitung **Stellmachstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preis von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.

Für den Monat **März** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **ℳ 2,50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 18. Februar.

Die preußische Justizverwaltung und die „Grenzboten".

I.

Es ist für unsere Zeit charakteristisch, daß kein irgendwie bemerkbar sich aus dem schnelllebigen Alltagsgetriebe des öffentlichen Lebens abhebendes Ereigniß passiren kann, ohne von gewisser Seite, sei es gar Selbstgefälligkeit, sei es, um bestehende Zustände als unfreundliche Zerrbilder wiederspiegeln zu lassen, wenn auch nur mit Eintagsbedeutung, doch möglichst in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses gedrängt zu werden. Zeigt solches Bestreben sich auf Seiten der sozialdemokratischen Gegner der bestehenden Ordnung in dem unverhohlenen Verneinen alles Dessen, was Religion, Geschichte und Sitte uns als heilswahr, ehrwürdig und erhaltenswerth überliefert hat, so macht sich auch unter dem Vortritt der Stimmen aus der Residenz im Lager der prinzipiellen Opposition die Neigung immer breiter, eine sachlich begründete Kritik zu unfruchtbaren Nörgeleien abzuflachen. Eine alte Erfahrung aber ist es, daß von allen Kampfweisen der einer gebieterischen Taktik entbehrende Guerillakrieg am nachhaltigsten verdirbt; und zwar verbittert er nicht nur die Angegriffenen, sondern mehr noch die Freischärler selbst, also daß diese mit getrübtem Blicke in der Regel das Ziel verfehlen und, statt in die Mannsbreite, ins Blaue treffen. Diese fortgesetzten Nadelsticheleien der systematischen Opposition haben nun neuerlich ein Gebiet in Angriff genommen, das bis dahin mehr als neutrale Zone galt — die Rechtspflege und die Justizverwaltung. An irgend ein für das allgemeine Interesse kaum belangvolles Ereigniß im Gerichtssaal werden, allen voran von der Presse der Residenz, spaltenlange allgemeine Erörterungen über den Niedergang des Richterthums, die Verschleppung der Rechtspflege und die theoretisch-praktische Stagnation der preußischen Justizverwaltung geknüpft. Die Geschichtsweise solcher Erörterungen kennzeichnet in der Regel den Standpunkt des Angreifers als auf einem Maulwurfshügel, hin und wieder als auf einem Kirchthurm, niemals auf einem hohen, breiten Ueberblick über weites Land gewährenden Gipfel. Je dürftiger aber das thatsächlich beherrschte Material und je fadenscheiniger deshalb die beigebrachte Begründung um so größer der Aufwand an kleinlicher Geschäftigkeit, um so aufhetzender der Ton. Greller als sonst ist dies hervorgetreten in einem auch von uns bereits erwähnten Aufsatz im neuesten Heft der „Grenzboten" über die preußische Justizverwaltung. Der Verfasser desselben signalisirt sich als zur Zunft gehörig, jedoch nicht auf jener minder kundigen Seite stehend, wo man den Dingen nicht auf den Grund zu sehen vermag.

Ehe wir näher auf den Aufsatz eingehen, präsiziren wir zuvörderst im Gegentheil zu demselben unsern Standpunkt dahin, daß wir den Richterstand, um den allein unter den verschiedenen Personalbezirken der Justizverwaltung es sich hier handelt, für in seinem Niveau nicht gesunken, sondern für ebenso tüchtig und durchaus ehrenwerth, als er früher war, halten, und daß wir es für ein hochbedeutsames, durch keinen andern Ressortchef überflügeltes Verdienst der Justizleitung, auch ihrer gerade jetzt maßgebenden Persönlichkeiten, erachten, gegenüber den nivellirenden Verhältnissen der neuen Justizorganisation und dem Riesenandrang aller möglichen und unmöglichen Elemente zur Richterlaufbahn den Richterstand auf seiner bewährten Höhe erhalten zu haben.

Nach den „Grenzboten" gehen die immer lauter und unabweisbarer werdenden Klagen und Beschwerden über die preußische Justizverwaltung und Rechtspflege nicht minder vom rechtsuchenden Bürgerthume, wie von dem die Rechtspflege ausübenden Beamtenpersonal aus.

Die Klagen des Bürgerthums, aus denen, um dem Vorwurfe der Voreingenommenheit zu begegnen, politische und verwandte Vorkommnisse auf strafrechtlichem Gebiet ausgeschieden werden, gipfeln in drei Punkten: Verschleppung von Prozessen, einer zunehmenden Urtheilsfällung gegen das im Volke wurzelnde lebendige Rechtsbewußtsein und einer sich allerdings nur noch selten kundgebenden bureaukratischen Behandlung in der praktischen Rechtspflege. So schwach die hier gegebene thatsächliche Begründung ist, wird zu dem ersten Punkte doch richtig bemerkt, daß die Rüge der Rechtsverzögerung am lautesten aus Berlin und den industriereichen Bezirksprovinzen erhoben sei. Zwischen den Zeilen durch klingt der Schmerzensschrei der „Vossischen Zeitung" „Richternoth im Rechtsstaate". Bekanntlich hat sich dieser Auffassung auch die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses durch ihre Resolution, eine größere Zahl von Richterstellen, wie sie dem Bedürfniß genüge, zu kreiren und alle Richterstellen stets mit Hülfsassessoren mit Richtern zu besetzen, angeschlossen. Durch die bereitwilligste Zusage, diesen Wünschen schon im nächsten Etat Rechnung tragen zu wollen, ist der Herr Justizminister dem Versuche, auf diesem Wege den Gang der Rechtspflege zu beschleunigen, entgegengekommen. Darüber, daß er allein nicht zum Ziele führen wird, kann Niemand sich klarer sein, als die leitende Zentralstelle. Mögen noch so viele Richter angestellt sein, in die Rechtspflege kann niemals ein Tempo hineinkommen, das Schritt hält mit dem hastenden Zug um Zug-Jagen des kaufmännischen, wie überhaupt des Erwerbslebens. Sie bedarf der überlegenden, der ruhigen Ruhe. Der Einzelne, wie er seine Ansprüche verfolgt, die ihm sonnenklar erscheinen, begreift es nicht, wie der Richter Schritt vor Schritt bedächtig prüft und auch dem anderen Theile Raum und Gehör gewähren muß, um recht zu entscheiden; er sieht eben nur das Seine und in der eigenen Sache geht es ihm nie schnell genug. Das ist Menschenart, und darum werden die ewigen Klagen über die Rechtsverzögerung auch nie verstummen. Der Gang der Rechtspflege an sich ist gegen früher nicht schleppender geworden; wenn sich aber herausstellt, daß hier und da besondere Verhältnisse jenem begrifflich nothwendigen Zustande einer gewissen Ruhe widerstreben, so machen wir hierfür in oberster Linie die am krassesten in der Großstadt und in den Verkehrsbezirken hervortretende hastende „Unruhe der Dinge" verantwortlich und eine mehr und mehr im Publikum hervortretende Neigung, den Kampf um's Recht bis aufs Aeußerste zu führen. Unzweifelhaft ist bei der gesteigerten Anspannung aller Arbeitskräfte im großartigen Getriebe der Industriezentren und der Residenz ein präzises Ineinandergreifen aller das Tageswerk treibenden Räder Vorbedingung jeder prompten Arbeitserledigung; das setzt aber immer eine gegenseitige Assimilation voraus, und deshalb thäte man recht, auch die hastende Unruhe und jene Neigung zum äußersten Kampfe als einschränkungsfähig anzuerkennen.

Alsdann aber liegt heute im Verhältniß zu früher ein Hemmniß prompter Justiz in dem gesteigert funktionirten und deshalb der Justizverwaltung völlig entgegenen Prozeßverfahren, zunächst im Anwaltszwange. Da macht sich in erster Linie geltend, daß auch an den Anwaltsstand gerade das großstädtische Leben enorm gesteigerte Ansprüche erhebt. Dies und die immer weiter sich einbürgernde Gewohnheit, angesichts der Konkurrenz die Anwaltsthätigkeit als ein Kompagniegeschäft mit möglichst intensivo mentalischem Beigeschmack aufzufassen, das jungern einen zahlungsfähigen Mandanten abweist, wirkt hemmend. Gegenüber dem Vortheile, welchen die in der Fachschulung geübte, gründliche und allseitige Erörterung eines Rechtsstreites durch die rechtskundigen Parteivertreter findet, ergiebt sich von selbst die Nothwendigkeit, die Terminsbesetzung weitläufiger einzurichten, wie früher. Dazu kommt, daß der Prozeßgesetzgebung, die heute allen Nachdruck in die Verhandlung vor dem Spruchrichter verlegt, der Sitzungsdienst ein wesentlich anspannenderer und aufreibenderer ist. Die frühere sorgfältigere Vorbereitung des Richters fehlt. Er muß auf Alles gefaßt sein, und selbst darin, nach stundenlangem Verhandeln noch im letzten Augenblicke vorgebrachte Vertagungs- und Beweisanträge abschneiden zu können, sind ihm die Hände gebunden. Wie nun, um ein Gleichniß aus dem großstädtischen Verkehr zu wählen, jeder Stadtbahnzug sieben bis acht Wagen einstellt, um selbst auf die Gefahr hin, daß gelegentlich nur einer derselben oder zwei besetzt werden, dem Durchschnittsandrange des Publikums Genüge zu leisten, so ergiebt sich auch, weil der Prozeßrichter die größere oder geringere Dauer einer Prozeßverhandlung nicht voraussehen kann, die Nothlage, an einem Sitzungstage nur soviel Termine anzusetzen, daß dem Bedürfnisse der Parteien nach ausgiebigster Ausführlichkeit Rechnung getragen wird. Demgegenüber ist Richter und Justizverwaltung machtlos. Charakteristisch aber ist es, daß auch umgekehrt die, wo besondere Verantagung und Geschäftsroutine einmal eine ergebnisvolle Anzahl von Verhandlungen in auffallend kurzer Zeit bewältigt, sich in der Oppositionspresse sofort der Vorwurf der Ungründlichkeit erhebt!

Der **Reichstag** wählte in seiner heutigen (176.) Plenarsitzung die gegen 2¼ Uhr geschlossen wurde, durch Zuruf den Abg. Prinzen von Arenberg an Stelle des Abg. Kochann in die Reichsschuldenkommission und setzte sodann die zweite Berathung des Militäretats fort. Im Titel Gehaltsverpflegung der Truppen wies für Gehälter der Mannschaften 60 164 283 ℳ verlangt, und zwar 795 345 ℳ mehr gegenüber dem früheren Etat zum Zweck einer Aufbesserung der Uebungen des Beurlaubtenstandes. Die Kommission beantragt eine Streichung von 55 377 ℳ, ein Antrag Richter will die ganze mehrgeforderte Summe streichen. Abg. Richter erklärte die Begründung seines Antrages damit, daß die Aufbesserung der Uebungen des Beurlaubtenstandes nicht gerechtfertigt sei ohne Verkürzung der Dienstzeit. Bei Schluß des Berichts legt Major Gaede die Gründe der Regierungsforderung dar.

In der heutigen (17.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses,** welche Präsident von Köller um 11¼ Uhr eröffnete, kam der Etat der Eisenbahnverwaltung zur Berathung. Referent Abg. v. Liedemann (Bomst) berichtete sehr eingehend über die Kommissionsverhandlungen. Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen dankte für die wohlwollende und eingehende Behandlung des Eisenbahnetats durch die Budgetkommission, zumal in einer Zeit, wo eine sehr sparsame Wirthschaft der Eisenbahnverwaltung geboten sei. Er bitte auch das Haus, ihn in dieser Beziehung zu unterstützen, so weit es sachlich gerechtfertigt sei. Auch der in Abschluß des Monats Januar für die Eisenbahnverwaltung sei betreffs des Güterverkehrs ein verhältnißmäßig ungünstiger. Es sei auch nicht zu erwarten, daß die Ergebnisse der Monate Februar und März erheblich günstiger sein und den Ausfall decken würden. Der Etatanschlag für das Jahr 1891-92 würde also schwerlich erreicht werden. Abg. v. Puttkamer-Plauth bittet dringend, daß die Staatsregierung den wirthschaftlichen Zuständen des Ostens ihre Aufmerksamkeit zuwende. Es gebe dazu zwei Wege: Ermäßigung der Tarife, oder Aufhebung des Identitätsnachweises. Letztere Frage sei allerdings vom Reichstage zu entscheiden. Eben so traurig wie mit der Landwirthschaft, sehe es mit dem Handel der Städte Danzig und Königsberg aus. Der Ernst der Lage in den Ostseeprovinzen sei sehr groß, die Abhülfe dringend nöthig. Er danke dem Herrn Minister dafür, daß er bisher wenigstens die Stoffeltarife aufrecht erhalten habe. Das sei auch jedenfalls so lange nothwendig, als die Frage des Identitätsnachweises nicht geregelt sei. Abg. Simon (Waldenburg) bemerkte, daß es jetzt klar werde, wohin es führen müsse, wenn man die dauernden Aufgaben des Staates auf die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung beschränke. Eine vollständige Loslösung der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Finanzgebahrung sei allerdings wohl nicht angezeigt; aber eine bestimmtere Abgrenzung als bisher müsse denn doch eintreten. Sobald eine größere Amortisation der Eisenbahnschuld eingetreten sein werde, werde auch eine Ermäßigung der Tarife möglich werden. Vollends des Herrn Ministers gegenüber glaubt er die Verwaltung der Privateisenbahnen in Schutz nehmen zu müssen. Bezüglich der Ausgaben gehe der neue Etat seiner Meinung nach offenbar ein durchaus zutreffendes Bild. Der Redner geht auf die Organisationsverhältnisse ein und hält die Betheiligung auch der Privatbahnen an dem Ausbau des Schnuabrbahnnetzes für wünschenswerth. Im Allgemeinen spricht er sein Vertrauen zu der Verwaltung aus; er wolle nur hoffen, daß seine Befürchtung, die Anschläge der Einnahmen würden nicht erreicht werden, sich nicht erfüllen möchte. Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen betont, daß der Etat im August aufgestellt sei, wo man noch nicht den im zwischen eingetretenen Niedergang der wirthschaftlichen Verhältnisse übersehen konnte. Im Uebrigen würde bei Ermäßigung der Einnahmen auch eine Verminderung der Ausgaben eintreten. Die Organisation der Eisenbahnverwaltung habe sich im Ganzen wohl bewährt, doch sei weder von seinem Amtsvorgänger noch von ihm selbst dieselbe als nicht der Verbesserung fähig erkannt. Das Schreiwerk sei thunlichst vereinfacht; er hoffe, daß auch die weiteren Bestrebungen von Erfolg sein werden. Bezüglich der Ausbildung der höheren Eisenbahnbeamten seien Erwägungen vorhanden; die Aenderungen müßten aber vorsichtig getroffen werden. Die Konzession zur Anlegung von Sekundairbahnen würde Privatbahnen auch jetzt schon ertheilt. Dem Abg. von Puttkamer bemerke er, daß nicht daran gedacht werde, die Stoffeltarife mit der neuen Ernte aufzuheben. Abg. Schmieding betont, daß es durchaus wünschenswerth sei, das Privatkapital wieder mehr an dem Eisenbahnbau zu betheiligen. Das Garantiegesetz habe offenbar seinen Zweck nicht erfüllt. Die staatlichen Eisenbahneinnahmen dürften aber nicht als indirekte Steuern betrachtet werden. Jetzt müßten Vorkehrungen getroffen werden, daß die Einnahmen der Zukunft zu bestimmten Zwecken festgelegt würden. Bei Schluß des Berichts hatte Abg. Popelius das Wort.

Die gestrige Abstimmung des Reichstages über die Fragen der Militärstrafverfahrens wird seitens der „Freisinnigen Zeitung" bei Abg. E. Richter als „ein nicht unwichtiger Sieg der linken Seite" angesehen; aber sie schreibt diesen Sieg weniger den besseren Gründen jener Seite als anderen Umständen zu, indem sie hinzufügt:

> Der Sieg ist zu verdanken einmal der starken Präsenz der Linken, sodann der Zerfahrenheit der rechten Seite, insbesondere derjenigen aus den norddeutschen Flügeln der Zentrumspartei."

Die „National-Zeitung" jubizirt auf „eine gemeinsame Niederlage des Reichskanzlers und der Konservativ-Klerikalen, sowie noch eine spezielle Dieser", sie meint:

> Regierung hat eine Doppelerfahrung gemacht. . . Erstens, daß Herr v. Huene doch keine sichere Majorität, ja, daß er nicht einmal sein Zentrum mit Sicherheit kommandirt: die Bayern fielen ab. Und zweitens, daß Graf Caprivi auf die Nationalliberalen mit drohenden Warnungen wie die, sie pflügten da, wo Andere ernten würden, keinen Eindruck machen kann."

Die größere Ehrlichkeit des Urtheils scheint auch in diesem Falle wieder bei dem Richter'schen Blatte zu finden zu sein. Immerhin aber spiegeln sich beide Urtheile nicht übel in einem Artikel des sozialdemokratischen „Vorwärts", welcher „Der Militarismus auf der Anklagebank" überschrieben ist. Darin heißt es:

> „Ja, auf der Anklagebank. Nicht als Triumphator, wie er es bisher gewohnt, schaut er von der Höhe des Bundesrats-Olymps herab auf das parlamentarische „Blachfeld" — nicht als stolzes Bismarck'sches Rühr mich nicht an, das wie Cäsar's Weib unnahbar, thurmhoch über der Kritik thront — nicht als der Schöpfer und Träger der deutschen Reichsherrlichkeit, welcher Bewunderung und Anbetung heischt, das Gerede des profanen Volkes souverain verachtet.
>
> Nein, auf der Bank der Angeklagten. Nicht freiwillig, sondern hingeschleppt durch die öffentliche Meinung. Ein glücklicher Zufall, oder die rettende That eines der Dyser hatte, wie der „Hinkende Teufel" des Lesage, das Dach abgehoben von dem funkelnden Eisenpalaste des Militarismus, und dessen bisher nur Wenigen bekannte und von den Palastinhabern hartnäckig geleugnete Greuel aller Welt bloßgelegt. Die Geheimnisse der Kaserne waren enthüllt, die gemüthliche Idylle der Ferienkolonie war zerstört, der Moltke'schen Bildungsschule der Heiligenschein für immer abgestreift.
>
> Und jetzt sitzt er nun auf der Anklagebank, der Militarismus, und fühlt sich als Angeklagter. . .
>
> Die Gerichtsverhandlung ist noch nicht abgeschlossen. Doch neue Momente werden nicht mehr zu Tage treten. Der Militarismus hat zu seiner Vertheidigung vorgebracht, was vorzubringen war. Er hat die Anklage in seinen Punkte erschüttert, er hat sie nur noch gestärkt. Er hat seine Kulturfeindlichkeit rückhaltlos zugestanden . . .
>
> Der Prozeß dauert fort. Der Angeklagte hat sein Material erschöpft. Er kann sich nur noch krampfhaft anklammern an die herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung.
>
> „Was soll aus ihr werden, wenn ich nicht bin? Bin ich nicht ihre Stütze, ihre Grundlage, ihr Hoffnungsanker? Ruhen Staat und Gesellschaft nicht auf mir? Was sind sie ohne die Flinte, die schießt, und den Säbel, der haut?" — — —
>
> Uns ist schlimmer für diesen Staat und diese Gesellschaft.
>
> Und der Militarismus ist gerichtet. Er soll seinem Schicksale nicht entgehen. Er hat auf die Anklagebank wandern müssen. Der Prozeß wird sich noch einige Zeit hinschleppen. Das Urtheil steht aber schon fest:
>
> Schuldig.
>
> So das offizielle Organ des sozialdemokratischen Parteivorstandes! Und die „National-Ztg." bläht sich recht stolz, daß sich die Nationalliberalen nicht einschüchtern ließen, „mit drohenden Warnungen wie die, sie pflügten da, wo Andere ernten würden"!

Allmälig kommt auch die demokratische Presse dahinter, wie sehr es den Thatsachen widerspricht, zu behaupten, die Vorschläge der **Schulvorlage** seien viel weniger „liberal", als die Gesetzgebung der süddeutschen Staaten.

Speziell mit der Schulgesetzgebung Württembergs befaßt sich die „Frankfurter Zeitung", sie meint, die preußische Vorlage sei ein „Splitter"; führt dann, wie wir es bereits gethan, im Einzelnen aus, wie gerade in den wesentlichsten griffenen Punkten die preußische Vorlage nicht so weit gehe, wie es das württembergische Gesetz thut; schließlich bemerkt das demokratische Blatt, was man in Preußen, um Religion und Sittlichkeit zu sichern, bereits besitze, wolle, „das hat sich in Württemberg so eingelebt, daß man vielfach keinen Anlaß mehr daran nahm."

Wenn dann das schwäbische Liberalismus erwähnt wurde, seiner liberalen Pflicht sich in Zukunft mehr bewußt zu werden, so bleibt ja abzuwarten, ob damit gegenüber dem Einzelerlaß, an dem Niemand mehr Anstoß nimmt, Ernstes gesagt wurde. Der gemäßigte Liberalismus in Preußen aber kann aus dem Artikel der „Frankfurter Zeitung" lernen, wie der Kampf der Demokratie gegen die Schulvorlage nur darauf abzielt, die liberale Richtung, welche auch großen Theilen im Volke hat, zur demokratischen Vorhut einzuexerziren.

Im **„Hannoverschen Kourier"** liest man:

Hannover, 16. Februar. (Gegen das Volksschulgesetz.) Auch hier scheint in Stadt und Land eine Bewegung gegen die Volksschulgesetzvorlage sich geltend zu machen. Auf Sonntag den 21. Februar sind die Mitglieder des nationalen Vereins für den 5. hannoverschen Wahlkreis zu einer Generalversammlung berufen. Herr Klepert aus Hannover wird einen Vortrag über die einzelnen wesentlichen Punkte der Vorlage halten, nach welchem eine Besprechung wegen Stellungnahme zu derselben stattfinden wird. Eine rege Betheiligung an dieser Versammlung aus dem ganzen Wahlkreise ist sehr erwünscht.

Und so scheint, daß weil sich dort eine „Bewegung in Stadt und Land" nicht geltend macht, man den nationalliberalen Parteisekretair für Hannover, das ist nämlich Herr Klepert, nach Hameln schickt, sie in Gang zu bringen.

Rundschau im Auslande.

Die Erklärung der **altttschechischen** Landtagsabgeordneten hat, wie zu erwarten stand, von Seiten der deutschliberalen Presse Oesterreichs eine sehr scharfe Beurtheilung bezw. Verurtheilung erfahren. Dieselbe giebt in dem Vorwurf, daß die Altschechen ihr gegebenes Wort gebrochen hätten. Noch schlimmer womöglich fahren die Herren Rieger, Zeithammer und Genossen bei den jungtschechischen Preßorganen. Diese überschütten die „Alten" mit wildem Hohn und heißen nun erst recht darauf, daß dieselben, als aneckannterma ßen mit der Stimmung ihrer Wähler im Widerspruch stehend, vom politischen Schauplatz abtreten hätten. Dem gegenüber versucht die Wiener „Presse", dem Verhalten der altttschechischen Fraktion die gute Seite abzugewinnen und auf die Kritik, welche durch die jüngste Prager Kundgebung hervorgerufen wurde, mäßigend einzuwirken. Es sei nun einmal nicht anders, führt das Wiener gouvernementale Blatt aus, das tschechische Volk in seiner großen Masse, irregeführt durch eine verwegene und gewissenlose Agitation, sei in den Ausgleichsvereinbarungen eine nationale Gefahr und wolle von deren Verwirklichung nichts wissen. Da sei es denn immerhin von Bedeutung, daß die Altschechen in einem prinzipiellen Punkte der im Volke fest wurzelnden Meinung trotzen und es offen aussprechen, daß nach ihrer Anschauung der Ausgleich weder dem Staatsrechte, noch der Unthelbarkeit des Landes zum Abbruch gereiche.

„Dies und die Erklärung, an dem Ausgleiche grundsätzlich festhalten zu wollen, mag vielleicht den Deutschen als geringfügig erscheinen, und es liegt in ihrem Interesse, den Werth dieses Momentes herabzudrücken. Allein auch diese prinzipielle Erklärung hat ihre Bedeutung, denn sie widerlegt die Mißtheilungen, als ob die Altttschechen sich überhaupt nicht mehr an den Ausgleich gebunden erachteten. Allerdings begehren die Altttschechen, daß die legislative Behandlung des Ausgleichs vorläufig vertagt werde, und sie machen deren Wiederaufnahme von einer Reihe von Bedingungen abhängig. Es ist nicht zu leugnen, daß namentlich eine dieser Bedingungen, nämlich die Wiederkehr der „Ruhe, Ueberlegung und gegenseitigen Gerechtigkeit bei allen Parteien", eine etwas lebhafte Auslegung zuläßt. Es ist aber zu erwarten, daß die unausbleibliche Erörterung dieser Sache in der bevorstehenden Landtagssession den Altttschechen die Gelegenheit geben und daß sie den Anlaß ergreifen werden, um diese Bedingung etwas schärfer und greifbarer zu präzisiren. Dann wird man auch beurtheilen können, ob nach ihrer Meinung der Eintritt jener ludwirthschaftlichen Bedingungen auf eine unbestimmte Reihe von Sessionen hinaus ferne liegt oder ob sie denselben für eine nähere Zeit erwarten. Die Gelegenheit zur Erörterung dieser Frage wird sich um so leichter ergeben, als unseres Erachtens gar kein Grund vorliegt, den Faden der Ausgleichsberathungen ganz entzwei zu schneiden, sondern ganz gut wenigstens im Aufsatzsätze die Vorberathung der Ausgleichsvorlagen weiter fortgesetzt werden könnte. Die Regierung ihrerseits wird gewiß nicht zögern, durch Einbringung der entsprechenden Vorlagen das Substrat für die Ausschußverhandlung zu liefern, welche das eine Gute hätte, unvorgreiflich der endgiltigen Erledigung im Plenum des Landtages, zum Mindesten die Kontinuität der Ausgleichsverhandlungen fortzusetzen."

Man wird annehmen dürfen, daß hier die Richtung angedeutet ist, in welcher sich für die nächste Zeit die Bemühungen der österreichischen Regierung bewegen werden. Wir glauben sagen zu können", so schließt die „Presse" ihre Bemerkungen, „daß die Regierung, wenn auch der Ausgleich zur Stunde in eine kritische Lage gerathen ist, demselben nicht nur treu bleibt, sondern auch den Geist des Ausgleichs als Richtschnur ihrer Handlungen bewahren wird."

Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Einberufung der österreichen Landtage zum 3. März d. J.

Die **belgische** Abgeordnetenkammer hat nunmehr ihre Entscheidung über die Verfassungsrevision getroffen. Ihre sechs Abtheilungen sind zusammengetreten — von den 138 Deputirten fehlten nur 20 — und die von ihnen gefertigten Beschlüsse haben folgendes Ergebniß geliefert: Es wurden mit Einstimmigkeit zur Revision zugelassen die von dem Deputirten Janson beantragten Artikel 47, 53 und 56, welche das Stimmrecht für die Kammern und die Wahlbarkeit für den Senat betreffen, ferner die von der Regierung beantragten Artikel 1, 52, 60 und 61, welche die Einverleibung des Kongostaates, die parlamentarischen Diäten, die künftige Thronfolge und die von dem Könige für die Eheschließungen der königlichen Prinzen geforderte königliche Genehmigung betreffen. Mit großer Mehrheit wurden die Artikel 48, 54 und 58, welche die Organisation des Senats und die Wahlbezirke betreffen, zur Revision zugelassen, während die Zulassung der Artikel 34 und 67, die Prüfung der Wahlnachten der Kammermitglieder und die Rechte des Königs betreffend, abgewiesen wurden. Hinsichtlich des heiß umstrittenen königlichen Referendums ist zwischen der Regierung und der klerikalen Rechten unter Zustimmung des Königs, welcher, wie immer, nachgiebig, vor Allem eine Krisis vermeiden wollte, ein Vergleich zu Stande gekommen. Dem Artikel 26, welcher die gesetzgebende Gewalt dem König und den Kammern übertragt, wird der Zusatz beigefügt, daß der König die Wählerschaft direkt befragen darf, daß aber erst ein Sondergesetz bestimmen wird, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen diese Befragung geschehen darf. Dabei wurde ausgemacht, daß eine Befragung nur über von den Kammern angenommene Gesetze und mit deren Zustimmung erfolgen soll. Um die Verfassungsrevision auf der Grundlage dieser Beschlüsse festzusetzen, wurde der bisherige Revisionsausschuß, welcher aus fünf Klerikalen und zwei Doktrinair-Liberalen besteht, wiedergewählt.

In **Rom** haben erneute Arbeiterdemonstrationen stattgefunden. Wie „W. T. B." berichtet, haben gegen 100 Vertreter von 23 Arbeitervereinigungen in einer gestrigen Versammlung eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Vertreter sämmtlicher Arbeitervereinigungen aufgefordert werden, in Werkstätten und auf Bauplätzen dafür Propaganda zu machen, am 19. d. M. einen allgemeinen Ausstand zu beginnen. Die Arbeitervereine sollen dafür sorgen, daß die Werkstätten und Waarenmagazine so lange geschlossen bleiben, bis die Regierung wirksame Maßregeln für die Arbeiter in Rom getroffen habe.

Auch aus **Portugal** wird wiederholt von Gährungen unter der Arbeiterbevölkerung berichtet. In Folge der Forderung einer Lohnerhöhung seitens der Arbeiter des Marinearsenals in Bisdabon fand gestern ein Zusammenstoß derselben mit der Polizei statt, wobei 11 Arbeiter verhaftet wurden.

In **Rumänien** sind auch die Senatswahlen weit überwiegend zu Gunsten der Regierungspartei ausgefallen. Unter 60 Gewählten sind 42 Konservative und 9 Oppositionelle. 9 Stichwahlen sind erforderlich.

Im Großen und Ganzen scheint in den Provinzen Staaten von **Brasilien** Ruhe zu herrschen. Doch kommen ab und zu in einzelnen Partikularstaaten kleine Putsche vor. So wird heute über Pernambuco gemeldet, daß in dem nördlich vom Staat Pernambuco gelegenen Staat Ceara Unruhen ausgebrochen seien. Die Bevölkerung verjagte den Gouverneur.

Nach einem der „Pol. Korr." aus **Valparaiso** zugehenden schriftlichen Bericht hat das von dem neu erwählten Präsidenten der chilenischen Republik, Don Jarque Montt, gebildete Kabinet, in welchem die verschiedenen Parteien, die zum Triumphe der Verfassung